

## **Politik im Dilemma - am Beispiel des Kosovo-Krieges**

Angelika Beer Potsdam PK13, Juli 2013

### **Vorbemerkung:**

Alle Einsätze auf dem Balkan waren miteinander verknüpft. Im folgenden konzentriere ich mich auf das Dilemma der Politik rund um den Kosovo-Konflikt, der sich parallel zur Stabilisierungsmaßnahme in Makedonien zuspitzte. Politisch und militärisch wurde versucht, beides voneinander zu trennen. Das gelang natürlich nicht.

Ich war zu der Zeit Verteidigungspolitische Sprecherin von Bündnis 90/Die Grünen.

Bei der Bundestagswahl 1998 bekamen SPD und Grüne eine Mehrheit. Während der

Koalitionsverhandlungen zwischen beiden spitzte sich der Kosovo-Konflikt zu. Vorangegangen waren die Interventionen in Bosnien-Herzegowina, parallel gab es Krisenverschärfungen in Albanien und Mazedonien.

Ein sachliche umfassende Übersicht über den Verlauf des Kosovo-Konflikts und die NATO Lufteinsätze gegen das frühere Jugoslawien ist auf Wikipedia zu finden: [http://en.wikipedia.org/wiki/Kosovo\\_War](http://en.wikipedia.org/wiki/Kosovo_War)

### **Einige entscheidende Punkte im Verlauf der Zuspitzung des Kosovo-Konflikts möchte ich hier hervorheben:**

- Im BTW Wahlkampf haben sich sowohl SPD als auch Grüne einer Friedenspolitik verpflichtet, die das Völkerrecht zur Grundlage aller Entscheidungen machte. Dies war ein entscheidendes Wahlkampfinstrument und Element.
- Nach der Wahl im September 1998 fanden parallel zu den Koalitionsverhandlungen der rot-grünen Mehrheit mehrere NATO Gipfel und UNO Versammlungen zur Situation im Kosovo statt
- Im Oktober flogen Gerhard Schröder und Joseph Fischer nach Washington, um mit Bush und Albright über das Vorgehen gegenüber Milosevic und das frühere Jugoslawien zu beraten bzw. zu verhandeln. Zum einen konnten sie einen Erfolg erzielen: Die USA erklärten sich bereit, dass die von der deutschen Regierung forcierten Verhandlungen von Rambouillet eingeleitet werden dürfen mit dem Ziel, dass FYU seine Truppen aus dem Kosovo zurückzieht und einer internationalen Präsenz der UNO zustimmt.
- Der Preis für diese Zustimmung der USA hatte einen hohen Preis: Fischer und Schröder versprachen den USA und der NATO, die existierende militärische Drohkulisse durch einen Vorratsbeschluss des Bundestages zu erhöhen.
- Danach beschloss der Deutsche Bundestag, dass für den Fall, dass die Verhandlungen von Rambouillet scheitern sollten, er automatisch Luftangriffen der NATO gegen das frühere Jugoslawien akzeptiert.
- Die Verhandlungsführung von SPD und Grünen machte dies zur Voraussetzung für die Regierungsbildung beider Parteien.
- Entscheidend war nicht die Situation im Kosovo etc, sondern die Frage der Bündnistreue einer rot-grünen Regierung in Deutschland innerhalb der NATO.
- Auf NATO-Ebene wurde bereits an der Überarbeitung der NATO Strategie auf dem Gipfel 1999 gefeilt: sowohl Deutsche Politiker wie der Verteidigungsminister Volker Rühe wie auch führende NATO Vertreter haben sich bereits 1998 für die Selbstmandatierung der NATO ausgesprochen.
- Die Luftangriffe der NATO erfolgten im März 1999 ohne vorherige Neubefassung des Bundestages.
- Vertreter der rot-grünen Regierung rechtfertigten alle Schritte mit moralischen Begründungen und zum Teil falschen Sachinformationen gegenüber dem Parlament und der Öffentlichkeit (Hufeisenplan, Nie wieder Auschwitz uvm.)
- Trotz (oder gerade wegen?) der grundsätzlich Militär kritischen Grundhaltung von SPD und Grünen wurde in den Monaten der Rambouillet-Verhandlungen ein unheimlicher Irrglaube in die

Wirkung militärischer Drohung bzw. militärischer Vernichtungsschläge aus der Luft sichtbar. Alle hofften, dass diese Drohungen Milosevic zum Einlenken zwingen würden.

- Letztlich hat sich die NATO von der UCK instrumentalisieren lassen – oder zugespitzt formuliert: die NATO hat den Befreiungskampf der UCK weitergeführt.
- Während der Luftoffensive der NATO gegen das frühere Jugoslawien wurde deutlich, dass
  - 1. die Bundesregierung keinerlei Einfluss auf die Zielsetzung der NATO hatte
  - 2. Das Unwort „Kollateralschaden“ entstand
  - 3. Die Bundesregierung die mögliche Entsendung von Bodentruppen auch dann noch strikt dementierte, als die Einsatzpläne der NATO dafür schon öffentlich waren (Spiegel u.a.)
- Die Außen- und Verteidigungspolitiker des Bundestages wurden nicht umfassend und nicht ausreichend informiert, um verantwortlich zu entscheiden. Dies war der Grund dafür, dass ich fast monatlich bei der Truppe im Einsatz vor Ort war und durch Gespräche mit ihnen als auch zahlreichen anderen mir ein eigenes Lagebild gemacht habe, um nach bestem Wissen und Gewissen zu entscheiden.

### **Konsequenzen:**

Als Grundlage für unsere Außen- und Sicherheitspolitik sollten wir die **MENSCHENRECHTE und die INFORMATIONSFREIHEIT in den Mittelpunkt stellen. Beide Grundelemente bedingen einander und sind wesentliche Grundlagen für FREIHEIT.**

Zu einer präventiven Außen- und Sicherheitspolitik gehört eine umfassende Risikoanalyse der politischen Entwicklung. Umfassen meint keine Einschränkung auf aktuelle, regionale Konfliktherde, sondern eine **strategische Analyse**, die folgendes beinhaltet:

- Verschiebung der machtstrategischen Interessen der Global Player (USA, Japan, China, Asien) (USA und NATO werden zukünftig nicht mehr im europäischen und europäisch angrenzenden Raum militärisch aktiv sein. D.h. Europa muss das selber regeln-
- Bedrohungsanalyse: natürlich die klassischen wie zwischenstaatliche Konflikte, Rohstoffsicherheit, Terrorismus, Proliferation etc. Aber auch: weltweite Veränderung durch Klimawandel, Armut, Hunger und Wasserknappheit
- 

### **Neujustierung** der Außen- und Sicherheitspolitischen Instrumente:

- Auf Ebene der Vereinten Nationen, der OSZE, EU, NATO
- Transparenzoffensive (auf Regierungs-, parlamentarischer und NGO Ebene)
- Informationsoffensive auf allen Ebenen